

Ausgabe 2/2019

DIE BIE

Thema
**DASEINS-
VORSORGE**

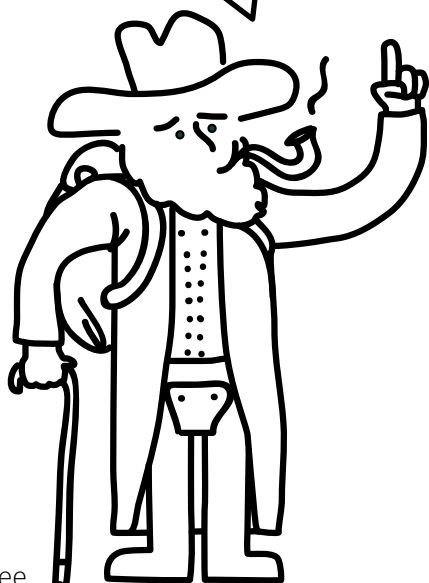
LEFF ELD IDEE

Meinung: Da sein für die Bürgerinnen und Bürger • Interview: Wilsberg
Bezahlbares und gutes Wohnen • Neues Schwimmbad für Bielefeld

Inhalt

Grußwort	3
Meinungsbeitrag Daseinsfürsorge	4
Leitartikel Wohnen	6
Leitartikel Schwimmbad	8
Das Team	10
Eine Abgeordnete in Zahlen	11
Fotocollage	12
Interview mit Wilsberg-Schauspieler Leonard Lansink	14
Wiebke unterwegs	16
Der Bundestag als Arbeitsparlament	18
Informationen aus Berlin	20
In den nächsten Wochen	23
Rätsel	24

Unter Daseinsvorsorge versteht man die Aufgabe des Staates, Güter und Leistungen bereit zu stellen, die für die menschliche Existenz benötigt werden. Dazu zählen z.B. Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsanbindung, Müllentsorgung oder kulturelle Angebote.



Dieses Logo kennzeichnet Artikel zur Umsetzung der Bielefeld Ideen. Die Bielefeld Idee – was hat es damit auf sich? Schon vor dem Wahlkampf hat eine bunt zusammengewürfelte Gruppe die Bielefeld Idee ins Leben gerufen. Sie unterstützt Wiebke Esdar in ihrem Versprechen, mit den Menschen in Bielefeld häufig persönlich ins Gespräch zu kommen.

Liebe Leserinnen und Leser,



Seit rund zwei Jahren darf ich als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Bielefeld und Werther die Interessen der Bürgerinnen und Bürger meiner Heimatregion vertreten. Darüber freue ich mich jeden einzelnen Tag. Die Freude über Politik ist dieser Tage jedoch nicht ungebrochen. Offen gestanden: bei vielen sogar überhaupt gar nicht groß. Viele Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren, können nicht mehr erkennen, was in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel für sie erstritten wird. Viele Menschen haben von der Politik die Schnauze voll.

So will ich an dieser Stelle ganz grundsätzlich fragen: Was ist die Aufgabe von Politik und wozu braucht es sie überhaupt? Und da steht für mich fest: Eine ganz zentrale Aufgabe der Politik ist die Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land. Das heißt, der Staat muss dafür sorgen, dass Güter und Leistungen zur Verfügung stehen, die allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben gewährleisten. Das betrifft also jede und jeden Einzelnen von Ihnen. Deshalb bin ich sicher: Wenn uns die Daseinsvorsorge wieder besser gelingt, werden die Bürgerinnen und Bürger auch wieder mehr Vertrauen in die Politik entwickeln.

Auch darum sollen sich die folgenden Seiten rund um den Begriff der Daseinsvorsorge drehen. Also herzlich willkommen zur dritten Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung!

Zunächst möchte ich mit Ihnen gemeinsam den Begriff Daseinsvorsorge aus einer fachlichen Sicht betrachten. Ganz grundsätzlich will ich darum in dieser Ausgabe mal diskutieren, wie viel Marktwirtschaft eine gute Daseinsvorsorge vertragen kann.

Die beiden Leitartikel dieser Ausgabe widmen sich allerdings konkreten Projekten der Daseinsvorsorge in Bielefeld. Ein Aspekt davon ist, dass wir allen Menschen ein Dach über dem Kopf geben müssen. Die Wohnungsfrage

ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts und treibt leider die Spaltung zwischen arm und reich immer weiter voran. Trotzdem soll jede und jeder Einzelne die Freiheit haben, dort zu leben, wo er oder sie es möchte – das ist in unseren Grundrechten festgeschrieben. Die Realität ist jedoch meilenweit davon entfernt: eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern hat z.B. auf dem Wohnungsmarkt in Großstädten oft keine echte Chance, eine neue Bleibe zu finden. Um dieses Problem in Bielefeld in den Griff zu bekommen, hat der Stadtrat im Sommer die Initiative ergriffen: unser Oberbürgermeister Pit Clausen stellt Ihnen die neue Baulandstrategie vor und macht deutlich, worauf es bei der Wohnungsfrage ankommt. Daseinsvorsorge heißt auch ausreichend Platz für alle zum Schwimmen. Davon hat Bielefeld derzeit nicht genug. Das aber wollen wir ändern. Bielefeld bekommt in Jöllenbeck ein neues, modernes Kombibad – eine Kombination aus Frei- und Hallenbad. Das ist wichtig fürs Schulschwimmen, unterstützt aber auch die zahlreichen, im Wassersport ehrenamtlich Engagierten. Für mich war und ist seit Beginn meiner Amtszeit einer der wichtigsten Punkte auf meiner politischen Agenda, das Ehrenamt zu fördern. Dazu suche ich regelmäßig auf meinen Ehrenamtskonferenzen den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Organisationen – beim letzten Mal lag der Schwerpunkt auf Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, dem Technischen Hilfswerk, der Freiwilligen Feuerwehr und vielen mehr.

Davon berichte ich im zweiten Leitartikel, denn für mich ist auch das ein Stück weit Daseins-

vorsorge: Raum für sportliche, gesellige oder kulturelle Erlebnisse für die Menschen zu schaffen.

Um das Thema „Gut leben in Bielefeld“ abzuschließen, habe ich mich zum Gespräch mit einem waschechten Münsteraner getroffen. Das mag komisch klingen, jedoch hat Leonard Lansink als Hauptdarsteller der Krimireihe „Wilsberg“ gerade Bielefeld für sich entdeckt und zwei Folgen für die ZDF-Serie in unserer Stadt abgedreht. Im Interview sprachen wir unter anderem darüber, was Münster von Bielefeld lernen kann.

Um Ihnen meinen Arbeitsplatz noch ein Stückchen näher zu bringen, haben Nelis, der im letzten Jahr sein Freiwilliges Soziales Jahr in meinem Berliner Büro absolviert hat, und Greta im hinteren Teil dieser Zeitung die Arbeitsweise des Bundestages für Sie aufgeschlüsselt. Ein häufiger Trugschluss ist, dass viele leere blaue Stühle im Plenarsaal bedeuten, die Abgeordneten würden nicht arbeiten – tatsächlich geht außerhalb des Plenums die Arbeit erst richtig los.

Ich wünsche Ihnen nun eine anregende Lektüre und ein paar spannende Gedanken über die Daseinsvorsorge und die Rolle der Politik. Unter wiebke.esdar@bundestag.de freue ich mich über Diskussionsbeiträge und gerne auch Feedback zu dieser Zeitung.

Alles Gute und auf bald in Bielefeld oder Berlin!

Ihre Wiebke Esdar

Da sein – für die Bürgerinnen und Bürger

Es steckt schon im Wort Daseinsvorsorge drin: da sein, nämlich für die Bürgerinnen und Bürger. Besser kann man für mich eine der wichtigsten Aufgaben des Staates nicht beschreiben: die zuverlässige Versorgung mit Straßen, Schienen und Nahverkehr, mit Wasser, Energie und Internet, mit wohnortnahen Krankenhäusern, bezahlbarem Wohnraum, mit Bildungs- und Kultureinrichtungen, mit Feuerwehr und Polizei, mit Schwimmbädern, Friedhöfen und, und, und. In unserer Demokratie haben wir uns darauf geeinigt, dass diese Leistungen jeder und jedem zustehen sollen. Zwar nicht zum Nulltarif, denn dazu tragen wir alle gemeinsam mit unseren Abgaben und Steuern bei. Doch sollen diese für alle erschwinglich sein und das gelingt, indem Bürgerinnen und Bürger mit höheren Einkommen auch einen größeren Anteil erbringen.

So leicht kann man eine funktionierende Daseinsvorsorge zusammenfassen. Doch leider stimmt dieses Bild nicht immer mit der Realität überein: Da klagen Bewohnerinnen und Bewohner in den Städten über explodierende Mieten und Wohnungsnot; da befürchten Menschen auf dem Land, ohne schnelles Internet abgehängt zu werden; oder da fordert eine private Stiftung, die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland auf 600 zu halbieren und damit längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Wo ist er also, der verlässliche Staat?

Für mich steht fest: ein zuverlässiger Staat ist einer, der die Daseinsvorsorge dem Profitstreben privater Unternehmen entzieht. Denn der Zugang zu Trinkwasser oder eine gute medizinische Versorgung sind Grundrechte, bei denen es nicht ums Geldverdienen gehen darf. Deshalb sollte die Daseinsvorsorge vor allem in den Händen des Staates liegen, aber auch in

Wiebke auf dem Weg nach Berlin – auch die gute Zuganbindung des Bielefelder Bahnhofs gehört zur Daseinsvorsorge.



denen von Wohlfahrtsverbänden wie dem Roten Kreuz oder der Arbeiterwohlfahrt.

Allerdings haben etwa viele Kommunen in der Vergangenheit den Fehler gemacht, öffentliche Daseinsvorsorge wie z.B. Kanalisationen oder die Versorgung mit Strom und Wärme an private Investoren zu verkaufen. Was kurzfristig Geld brachte, erschwerte manchen Städten und Gemeinden heute, auf die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu reagieren. Zudem hat es nebenbei noch die Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten verschlechtert.

Deshalb müssen wir diese Fehler korrigieren. Was verkauft wurde, muss wieder in den Besitz von Kommunen, Ländern und Bund. In Bielefeld gibt es zum Glück ein positives Beispiel für einen erfolgreichen Rückkauf. Nachdem die Stadtwerke Bielefeld im Jahr 2002 zur Hälfte an ein privates Unternehmen verkauft wurden, hat der Rat der Stadt Bielefeld 2012 den Rückkauf beschlossen. Somit stehen die Gewinne, die durch Strom, Wasser, die Müllverbrennungsanlage usw. erwirtschaftet werden wieder der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Wo das aber nicht möglich ist und Daseinsvorsorge in privater Hand ist, brauchen wir einen gesetzlichen Renditedeckel. So bleibt ein Unternehmensgewinn zwar weiter möglich, aber es ist auch sichergestellt, dass Geld in die Daseinsvorsorge zurückfließt. Das stärkt auch verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer, während es solche abschreckt, die unsere Daseinsvorsorge als Melkkuh missbrauchen wollen.

Wer eine gute Daseinsvorsorge will, der muss sich übrigens auch dafür einsetzen, dass die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz bzw. den Länderverfassungen gestrichen wird. Wer sich für die Schuldenbremse ausspricht, also dass der Staat keine neuen Schulden machen darf, sagt gerne: „Wir dürften der künftigen Generation keine neuen Schulden aufhalsen!“ Doch ich frage mich: ist es wirklich generationengerecht, wenn junge Menschen in unserem Land genau durch diese Politik mit noch höheren Folgekosten belastet werden? Ich finde: wenn der Staat einen günstigen Kredit aufnimmt, um eine langfristig kluge Investition zu machen, dann ist das eine Politik, von der alle Generationen profitieren. Das gilt besonders in der Daseinsvorsorge und deshalb kritisiere ich öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP).



Stellen wir uns als Beispiel den Bau einer Autobahn vor: Dieser ist sehr teuer, aber der Staat hat zu wenig Geld für diese Investition. Doch er darf sich auch keines bei der Bank leihen, weil ihm das die Schuldenbremse verbietet. Trotzdem haben Gutachten gezeigt, dass der Bau der Autobahn eine gute Idee ist: sie hilft vielen Bürgerinnen und Bürgern, schneller zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen; sie hilft den Unternehmen, Güter leichter von einem Ort zu einem anderen zu bringen; und sie hilft dem Staat, der dadurch mehr Steuereinnahmen bekäme. Was also tun?

In genau solchen Situationen entscheiden sich Kommunen, Länder oder der Bund nicht selten für eine öffentlich-private Partnerschaft: für unser Beispiel hieße das, nicht der Staat bezahlt die Autobahn, sondern private Investoren. Weil aber die Investoren nichts davon haben, alleine auf einer Autobahn zu fahren, schließen beide Seiten einen Vertrag: der Staat pachtet die Autobahn von ihnen über mehrere Jahrzehnte, damit alle die Autobahn nutzen dürfen. Die Investoren verdienen so Geld und halten im Gegenzug die Autobahn in Stand. So weit, so gut? Die Realität sieht leider oft anders aus.

Denn private Investoren leben vom Wettbewerb und machen dem Staat ein möglichst günstiges Angebot. Nur verschleiern sie damit, dass ihre Finanzierungskosten in Wahrheit deutlich höher liegen. Das Ergebnis? Der Staat bleibt auf den Restkosten sitzen und die sind am Ende deutlich höher, als wenn der Staat das

Projekt über einen Kredit selbst finanziert hätte. So bereits vielfach geschehen! Das aktuell bekannteste Beispiel ist der Ausbau eines Teilschnittes der A1 zwischen Bremen und Hamburg: hier führt die Betreibergesellschaft seit Jahren eine Millionenklage gegen den Bund, um sich Einnahmehausfälle erstatten zu lassen.

Gute Daseinsvorsorge heißt am Ende also, dass das Allgemeinwohl im Mittelpunkt steht. Allerdings gelingt das dann am besten, wenn sich der Staat oder Wohlfahrtsverbände darum kümmern. Doch dazu müssen wir den Staat in die Lage versetzen, auch indem wir Schulden nicht verteufeln, sondern für kluge Investitionen geschickt nutzen. Denn so können wir eine Daseinsvorsorge schaffen, die da ist für die Bürgerinnen und Bürger. Und wenn uns das gelingt, ist sie der Beweis für einen funktionierenden Staat und stärkt das Vertrauen in unsere Demokratie.

Autorin: Wiebke Esdar

Bezahlbares und gutes Wohnen ist Lebensqualität

Bielefeld wächst. Immer mehr Menschen leben in Bielefeld. In den letzten zehn Jahren wuchs die Bevölkerung um 15.000 Menschen. Das sind mehr als heute in Gadderbaum leben. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Alleine durch die Errichtung der Medizinischen Fakultät werden rund 3.500 Menschen zusätzlich nach Bielefeld kommen. Und auch die Geburtenrate wächst. Sie lag im letzten Jahr mit rund 3.600 Neu-BielefelderInnen um 20 Prozent höher als vor 10 Jahren. Das ist eine tolle Entwicklung. Sie zeigt, dass das Leben in Bielefeld attraktiv ist und die Menschen hier an eine gute Zukunft glauben.

Dafür muss die Stadt Vorkehrungen treffen. Wir müssen beispielsweise die Angebote in den Bereichen der Kinderbetreuung, der Schulen, der Freizeit- und Sportstätten bedarfsgerecht weiterentwickeln, also ausbauen. Und wir müssen dafür sorgen, dass jede und jeder, die und der hier leben will, hier auch eine bezahlbare Wohnung findet.

Deshalb brauchen wir in Bielefeld mehr Wohnraumangebote. Dieses Ziel verfolgen wir seit 2016 strategisch und konsequent. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass jede Beeinflussung des Marktes Jahre in Anspruch nimmt. Diese Erfahrung machen wir in Bielefeld auch. Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

In 2016 haben wir die Erarbeitung eines „Perspektivplans Wohnen 2020/2035“ begonnen. Unter Einbindung der lokalen Wohnungsunternehmen und weiterer Experten haben wir eine Wohnraumbedarfsprognose bis 2035 erstellt. Danach wissen wir nicht nur, wie viele Wohneinheiten insgesamt gebraucht werden, sondern auch, welche Größe und welcher Standard nachgefragt werden.

Parallel klären wir, welche Flächen künftig für Wohnbebauung ausgewiesen werden sollen. Natürlich ist die Nachverdichtung vorrangig. Und selbstverständlich verfolgen wir das Ziel, die Flächen, die die briti-

schen Streitkräfte in den nächsten Monaten leer ziehen, entsprechend zu aktivieren. Aber wir sind sicher, dass wir darüber hinaus weitere Flächen überplanen müssen, und zwar in allen Stadtbezirken.

Schon in 2015 haben wir die 25 Prozent-Quote eingeführt. Danach sind bei der Ausweisung neuer Bauflächen 25 Prozent der geplanten Wohneinheiten für den geförderten Wohnungsbau vorzusehen.

Mit Wirkung zum 1. Juni 2019 haben wir es erreicht, dass Bielefeld seitens des zuständigen Landesministeriums in die Mietenstufe 4 eingeordnet wurde. Jetzt ist es endlich wieder auch in Bielefeld rentabel, geförderte Wohneinheiten zu errichten.

Seit Mitte 2018 haben wir einen Wohnungsbaubeauftragten eingesetzt, der die Vernetzung der Wohnungsbauakteure unterstützt.

Wir arbeiten daran, die Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren. Dann werden die Verfahren beschleunigt.

Der Rat hat im Sommer die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft BGW gebeten, die Bautätigkeit zu erhöhen und jährlich mindestens 100 öffentlich geförderte Wohneinheiten zu schaffen. Die BGW bewirtschaftet heute mehr als 12.000 Wohneinheiten in Bielefeld. Es war strategisch richtig, unsere BGW in den letzten Jahren zu stärken. Andere Städte, die ihre Wohnungsgesellschaften verkauft haben, bereuen das heute sehr. Und schließlich wollen wir jetzt darauf hinwirken, dass die Preise für Grund und Boden nicht durch die Decke schießen. Hier ist eine Steuerung notwendig. Denn die Preise für Bauland sind in Bielefeld in den letzten zwei Jahren deutlich angestiegen und bewirken eine Verteuerung des Wohnens. Deshalb hat der Rat auf meinen Vorschlag im Juli einen Beschluss zur Bielefelder Baulandstrategie gefasst. Danach wird es in Bielefeld größere Baulandentwicklungen (größer als einen Hektar) nur noch geben, wenn mindestens 50



Pit Clausen, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld.



Prozent der Fläche zuvor an die Stadt bzw. deren Gesellschaft (BBVG) veräußert werden. Der Erwerbspreis wird ausgehend vom bestehenden Bodenrichtwert abzüglich der Kosten der Baulandentwicklung ermittelt. Das bewirkt die gewollte Kostendämpfung. Denn der spätere Verkaufspreis braucht dann den aktuellen Bodenrichtwert nicht zu übersteigen. Außerdem sollen die von der Stadt erworbenen Flächen nicht einfach nach dem Höchstgebot verkauft werden. Es sollen vielmehr auch andere Kriterien berücksichtigt werden. So kann die Stadt von Projekt zu Projekt entscheiden, ob sie vor allem preisgünstigen Wohnraum oder aber Wohnraum für besondere Zielgruppen wie z.B. Studierende, Mehrgenerationenwohnprojekte, Menschen mit Behinderungen, Senioren, junge Familien entwickeln will.

Eine solche moderne Baulandstrategie wird mit Abweichungen im Detail in vielen Städten angewandt, um die Preisentwicklung zu dämpfen. Es gibt sie beispielsweise in Münster, Ulm und München genauso wie in Steinhagen, Werther, Gütersloh oder Herford. Die Beispiele aus anderen Städten zeigen: es funktioniert. Die Preisentwicklung wird gebremst. Die Spekulanten werden gestoppt.

Aber auch bei diesem Instrument gilt: Die Wirkung wird sich erst nach einer Übergangszeit zeigen. Doch was in Münster gelungen ist, sollte doch wohl auch in Bielefeld gelingen. Bedauerlich ist, dass in Bielefeld die moderne Baulandstrategie nicht – wie in anderen Städten – von allen Parteien getragen wird. Es war versucht worden, alle einzubeziehen und es wurden auch Impulse von allen Seiten aufgenommen. Möglicherweise erlaubt aber der bald

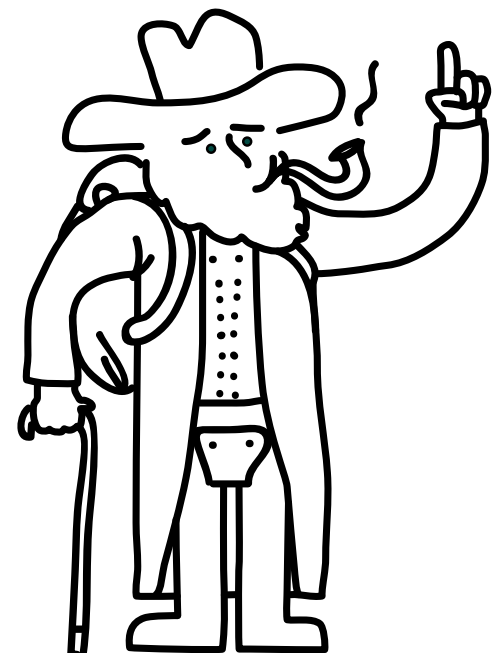
startende Kommunalwahlkampf nicht mehr allen, eine gute Politik auch zu unterstützen. Schade.

Wahlkampfüberlegungen dürfen nicht von guter Arbeit abhalten. Es ist das Ziel der Stadt, die jährlichen Fertigstellungszahlen von durchschnittlich 860 Wohneinheiten (2009 bis 2018) auf 1.300 Wohneinheiten zu steigern. Davon sollen 350 Wohneinheiten zu dem öffentlich geförderten Wohnungsbau gehören. Wir haben die Bedarfe erkannt und die richtigen Instrumente vorbereitet. Jetzt geht es an die Umsetzung, damit auch in Zukunft alle in Bielefeld ihr Zuhause finden.

Autor: Pit Clausen

Die SPD-Bielefeld ist zum Thema Wohnen auch schon im engen Kontakt mit den Menschen in Bielefeld. So gab es am 6. September eine große Mitmach-Diskussionsveranstaltung dazu. Die Ergebnisse daraus haben wir gesammelt und auch letzte Woche in einem Leitantrag beschlossen. Diesen Antrag finden Sie online unter www.spd-bielefeld.de.

Unser Pit wurde übrigens letzte Woche wieder als Oberbürgermeisterkandidat der SPD-Bielefeld für die Kommunalwahl im nächsten Jahr aufgestellt. Auch von mir einen herzlichen Glückwunsch!



Mehr Schwimmfläche für Bielefeld, mehr Unterstützung fürs Ehrenamt!

Ein neues Kombi-Bad für Jöllenbeck

Den größten Teil meiner Kindheit und Jugend habe ich wohl im Schwimmbad verbracht. Ich war gerade einmal zwei Jahre alt, als meine Eltern mich zusammen mit meinen beiden Brüdern im 1. Bielefelder Schwimmverein anmeldeten. Sie nahmen uns, weil sie selber ehrenamtliche Trainer waren, einfach immer mit ins Bad. Meinen ersten Wettkampf schwamm ich noch im Kindergarten, mit 12 Jahren habe ich angefangen andere Kinder zu trainieren. Als begeisterte Schwimmerin bin ich überzeugt davon, dass jede Bürgerin und jeder Bürger unserer Stadt die Möglichkeit haben sollte, das Schwimmen zu erlernen. Leider fehlen dafür in Bielefeld zurzeit jedoch die Kapazitäten. Anstelle der benötigten 3.667 Schulsportschwimmeinheiten zu je 15 Minuten bieten die aktuellen Bielefelder Schwimmbäder zusammengenommen lediglich 3.331 Einheiten. Dieser Engpass kann dazu führen, dass der Schwimmunterricht in der Schule gekürzt wird. Und auch die Bielefelder Schwimmvereine haben immer mehr Probleme, bedarfsdeckende Schwimmkurse anzubieten. Die vom Sportamt bereitgestellten Wasserzeitkontingente für den Vereinssport sind derzeit vollständig ausgeschöpft. Fehlende Wasserzeiten können im schlimmsten Fall sogar lebensgefährlich werden. In Deutschland ertrinken noch immer mehrere hundert Menschen pro Jahr – unter anderem auch, weil sie nicht gut genug schwimmen können.

Bereits im Herbst 2018, als ich die erste meiner jährlichen Ehrenamtskonferenzen durchführte, wurde noch einmal klar, was ich von vielen Schwimmfreundinnen und -freunden bereits gehört hatte: Auch die verschiedenen Bielefelder Wassersportvereine brauchen mehr Schwimmfläche. Seitdem hat sich viel getan! Auf Initiative des Oberbürgermeisters Pit Clausen wurde im Schul- und Sportausschuss der Stadt Bielefeld über den Bau eines neuen Kombi-Bads im Bielefelder Norden diskutiert, im Juli dieses Jahres gab die Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) grünes Licht für den vorgeschlagenen Schwimmbadneubau in Jöllenbeck und am 26.09.19 stimmte dann auch der Rat dem Konzept sowie der Finanzierung zu, sodass der Bau voraussichtlich bereits im Anschluss an die kommende Freibadsaison 2020 beginnen kann.

Ein 25-Meter-Becken mit tiefenverstellbarem Boden und sechs Bahnen, eine 3-Meter-Sprunganlage sowie ein kombiniertes Lehr- und Kursbecken: Was da auf der Fläche des jetzigen Jöllenbecker Freibadgeländes in Planung ist, soll vor allem Schulen und Vereine, aber auch Freizeitschwimmerinnen und -schwimmer zum Baden einladen.

Während des Umbaus wird das Freibad für den Schwimmbetrieb vollständig gesperrt sein, da die derzeitigen Becken nicht in den Neubau integriert werden können. Ihre Technik stammt noch aus den 1950er Jahren und ist dringend erneuerungsbedürftig. Zudem ist auch ein neues Verkehrskonzept geplant, durch das



Wiebke Esdar ist begeisterte Schwimmerin.



Bei der Schwimmbadbegehung in Jöllenberg: Wiebke Esdar (MdB) und Pit Clausen (Oberbürgermeister) im Gespräch über die Neubaupläne.

**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**

Wussten Sie, dass der Neubau des Kombi-Bades ca. 13 Millionen Euro kosten wird und der Planungs- und Bauauftrag deshalb in einem öffentlichen Vergabeverfahren ausgeschrieben werden muss? Das bedeutet, dass nach einem positiven Ratsbeschluss eine Art Wettbewerb um den Auftrag beginnt. Sofern der Ratsbeschluss zeitnah vorliegt, wird das Vergabeverfahren für den Schwimmbadneubau in Jöllenberg voraussichtlich bis Ende 2020 andauern. Anschließend muss eine finale Baugenehmigung erteilt werden, die die BBF binnen fünf Monaten erwartet. Wenn soweit alles planmäßig verläuft, könnte das neue Kombi-Bad also Ende 2023 oder Anfang 2024 seine Türen öffnen.

das Bad in Zukunft besser beziehungsweise anwohnerinnen- und anwohnerfreundlicher mit dem Auto erreichbar sein soll.

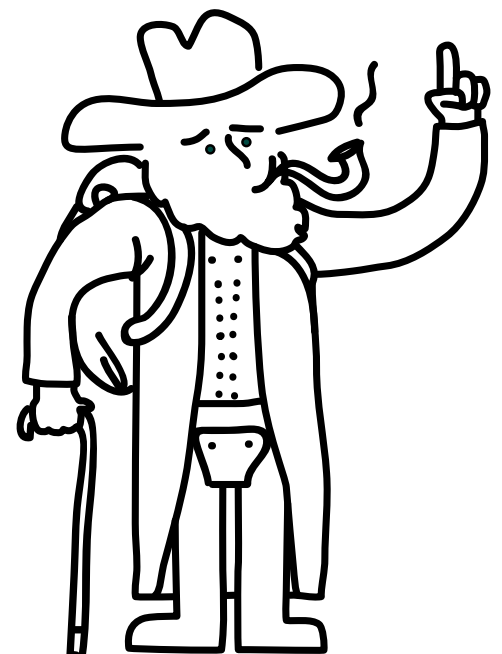
Das neue Kombi-Bad wird die übrigen Bielefelder Bäder merklich entlasten und die Wasserzeiten für das Schulschwimmen um 825 Schwimmeinheiten erhöhen. Den ortsansässigen Schwimmvereinen wird der Neubau zudem mehr Flexibilität bei ihrer Kursplanung ermöglichen. Mehr Trainingsangebote zu verschiedenen Tageszeiten werden dazu führen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger aus Bielefeld das Angebot der Vereine wahrnehmen und den Schwimmsport ausüben können.

Schwimmsicherheit durch das Ehrenamt

Aufgrund meiner zahlreichen Ehrenamterfahrungen im Schwimmverein weiß ich aus erster Hand, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für den Schwimmsport ist. Nicht nur die Übungsgruppen werden oftmals ehrenamtlich von Vereinsmitgliedern betreut, sondern auch die Sicherheit im Schwimmsport wird maßgeblich über das ehrenamtliche Engagement von Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern gewährleistet. Immer wieder stehe ich darum in Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen der Bielefelder Schwimmvereine sowie der DLRG, um mich mit ihnen über die aktuelle Situation des Ehrenamts in ihren Vereinen auszutauschen und um Strategien der politischen Unterstützung zu entwickeln. Auch bei meinen jährlich stattfindenden Ehrenamtskonferenzen konnte ich bereits vieles über die

Schwierigkeiten und Probleme des Ehrenamts im Schwimmsport erfahren. Diese wichtigen Anregungen nehme ich mit für meine Arbeit in Berlin.

Somit steht für mich fest: Mit dem geplanten Bau des Kombi-Bades in Jöllenberg haben wir bereits einen wichtigen Schritt gemacht, der die Arbeit der Bielefelder Schwimmvereine merklich erleichtern wird. Trotzdem gibt es auf politischer Ebene noch viel zu tun, um das Ehrenamt im Schwimmsport weiter zu stärken. Insbesondere der Bereich der Schwimmsicherheit wird in der Politik nach wie vor unterschätzt und nicht angemessen gefördert. Als Fachpolitikerin für bürgerschaftliches Engagement möchte ich mich dafür einsetzen, dass die DLRG bei der Anschaffung ihrer Ausstattung für Einsätze von Bund und Land unterstützt wird, damit nicht die Ehrenamtlichen selbst auf den Kosten sitzen bleiben. Einsatzkleidung sowie Einsatzfahrzeuge müssen als Grundausstattung durch den Staat bereitgestellt werden. Das gilt selbstverständlich auch für alle anderen ehrenamtlich gestützten Notfall- und Rettungseinrichtungen in unserem Land. Denn in der Politik müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, welche wichtige Aufgabe der ehrenamtliche Not- und Rettungsdienst für unsere Gesellschaft übernimmt. Vor allem müssen wir aber auch das nötige Geld in die Hand nehmen, um diese starke Säule unserer Gesellschaft zu fördern.



Frauenpower im Wahlkreisbüro

Die studentischen Mitarbeiterinnen
Sophia und Greta stellen sich vor

Hallo zusammen! Wir sind Sophia und Greta und unterstützen Wiebke bei ihrer Arbeit vor Ort in Bielefeld und Werther. Wir organisieren eigene Veranstaltungen mit Wiebke, informieren sie über die aktuelle politische Lage in der Heimat, bereiten sie auf Termine im Wahlkreis vor und so weiter und so fort ...

Seit knapp zwei Jahren sind wir nun schon Teil des Wahlkreisteams und durften Wiebkes Bundestagsarbeit somit von der ersten Minute an begleiten. Trotz diverser Tiefs der SPD haben wir dabei eigentlich immer was zu lachen und viel Spaß!

Sophia

Ich bin Sophia, 22 Jahre alt, in Münster geboren, aber im Herzen schon immer Bielefelderin. Trotz Heimatliebe zieht es mich oft ins Ausland. Nach dem Abitur habe ich in Frankreich und England als Au pair gearbeitet und seitdem begeistert auch nur in England Urlaub gemacht. Seit 2017 studiere ich Anglistik und Erziehungswissenschaften in Bielefeld. Gerade bin ich aber nicht in Bielefeld, sondern in Washington State, wo ich für ein Semester an der Western Washington University studiere.

Kaffeetrinken ist fester Bestandteil meines Studi-Alltags. Wenn dann noch Freundinnen dabei sind, ist das die ideale Pausenbeschäftigung zwischen Seminaren und Lernen. Zum Auspowern geht es dann im Unifit zum Krafttraining. Am besten Abschalten kann ich bei einem spannenden Buch, einem lustigen Podcast oder zu der Musik von Janelle Monáe. Lange ruhig bleibt es aber nie - ich bin immer offen für ein lockeres Gespräch, aber diskutiere ebenso gerne hitzig über Feminismus und Gerechtigkeitsfragen.

Diese Themen bestimmen auch mein Ehrenamt bei den Jusos Bielefeld, ob in Wahlkampfzeiten oder auf Demos. Seit fast vier Jahren engagiere ich mich außerdem in der Katholischen Jungen Gemeinde in Ummeln als Jugendleiterin. Hier schätze ich besonders das tolle Gemeinschaftsgefühl unter den Mitgliedern.



*Greta und Sophia vorm
Wahlkreisbüro in der
Arndtstraße.*

Im Büro macht mir die Veranstaltungsplanung am meisten Spaß, weil ich mich so auch mit mir unbekanntem politischen Anliegen auseinandersetzen kann. Mein bisheriges Highlight war eine Fahrt nach Berlin, die ich organisieren und begleiten durfte, aber auch Aktionen mit dem gesamten Team sind immer lustig!

Greta

Ich bin Greta, 22, und studiere Soziologie. Geboren und aufgewachsen bin ich in Düsseldorf, aber eigentlich bin ich

mehr Ostwestfälin als Rheinländerin. Meine Eltern kommen nämlich ursprünglich aus Bielefeld und auch heute noch wohnt ein Großteil meiner Verwandtschaft hier. Daher kommt wahrscheinlich auch meine große Abneigung gegen den Karneval, die in Düsseldorf immer auf Unverständnis stieß.

Meine freie Zeit verbringe ich vor allem beim Sport oder an der Uni, wo ich mich zwischen Seminaren und Vorlesungen gerne mit Freundinnen und Freunden auf einen Kaffee beziehungsweise eine Cola treffe (ich hasse Kaffee!). Entspannen kann ich am besten bei einem guten Buch oder beim Klavierspielen. Am liebsten spiele ich Lieder von meinen Lieblingsbands, den Red Hot Chili Peppers und Rise Against. Und natürlich verbringe ich gerne auch mal einen faulen Nachmittag/Abend auf dem Sofa, um eine gute Serie zu schauen.

Ehrenamtlich engagiere ich mich nun schon im dritten Jahr als Vorstandsmitglied bei den Bielefelder Jusos – die Politik verfolgt mich also bis in die Freizeit. Das kann zwar manchmal anstrengend sein, in der Regel jedoch macht mir die Juso-Arbeit viel Spaß. Hier treffe ich Freundinnen und Freunde und kann mich gemeinsam mit meinen Leidensgenossinnen und -genossen über die jüngsten Fehlleistungen der SPD und das allgemeine Chaos in der Partei aufregen. ;)

Im Büro bereite ich am liebsten Meinungsbeiträge, Kommentare, Berichte und ähnliche Texte für Wiebke vor. Dabei kann ich eigenständig recherchieren und mich in verschiedene politische Themen und Debatten einarbeiten.

EINE ABGEORDNETE IN ZAHLEN

Sonnenbrillen hat Wiebke schon in Berlin verloren.

3

1

Mal hat Wiebke bisher den Zug verpasst – weil es einen Unfall gab. Dass sie sich beeilen muss, um den Zug noch zu kriegen, passiert hingegen ziemlich oft.

E-Mails wurden bisher in 2019 aus Wiebkes Berliner Büro versendet. Das sind pro Arbeitstag mehr als 21. Das Wahlkreis-Büro und die internen Accounts der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht mitgerechnet! (Stand 14.10.2019)

7

Handy-Ladegeräte besitzt Wiebke. Jeweils eins für Berlin Wohnung, Berlin Büro, Bielefeld Wohnung, Bielefeld Büro und unterwegs.

Positionspapiere hat Wiebke bereits veröffentlicht.

Reden hat Wiebke seit der letzten Bundestagswahl im Plenum gehalten. Das waren in Summe rund 81 Minuten.

19

verschiedene farbliche Kategorien gibt es in Wiebkes Outlook-System für E-Mails und Termine. (Überblick gewinnt!)

Besuchergruppen hat Wiebke schon in Berlin empfangen.

5

14

20

7.586.987.438

Einzelteile liegen geschätzt auf Wiebkes Schreibtisch in Berlin verstreut – sehr zur Freude ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. :)

4

Auslandsreisen hat Wiebke im Rahmen ihres Mandats bisher unternommen. Nach Afrika (Ghana und Kenia), Italien, Bulgarien und in die USA.

96

mal ist Wiebke die Strecke Berlin – Bielefeld (bzw. Bielefeld – Berlin) mit dem Zug gefahren. Das entspricht knapp 272 Stunden Fahrtzeit – ohne Verspätung. ;)

Tagesordnungspunkte hatte das Plenum durchschnittlich in den letzten Sitzungswochen. Hinzu kommen rund 11 Tagesordnungspunkte im Finanz- und 8 Tagesordnungspunkte im Bildungsausschuss.

25

FOTOCOLLAGE



Die Gesamtschule Stieghorst hat es in die Endrunde des Deutschen Schulpreises geschafft. Als ihre Delegation für die Entscheidung nach Berlin kam, haben sie auch bei mir im Büro vorbeigeschaut.



Den Betriebsrat von HIRO LIFT Treppenlift habe ich zur Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin eingeladen. Er war damals noch im Streik und in harter Auseinandersetzung mit dem inzwischen ehemaligen Arbeitgeber. Das Foto zeigt den Betriebsrat gemeinsam mit Arbeitsminister Hubertus Heil.



Hans-Jürgen Schneider und Gerald Donath von der Johanniter Unfallhilfe e.V. konnte ich zur Blaulichtkonferenz der SPD Bundestagsfraktion nach Berlin einladen.



Siegerehrung und Medaillenvergabe beim Sennepokal der Schwimmabteilung der Sportfreunde Senne-stadt.



Mit Olly, dem großartigen Moderator der Bühnenshow, auf dem Bielefelder Christopher Street Day.



Beim DFB-Pokalspiel Arminia Bielefeld gegen Viktoria Berlin haben wir auch das zwanzigjährige Bestehen des Berliner Arminia-Fanclubs gefeiert. Mit dabei: Kevin Kühnert, der Juso-Bundesvorsitzende.



Wir waren zum Fastenbrechen in die Muslim Gemeinde e.V. eingeladen und sind gerne gekommen.



Selfietime - mit den Stadtteilmüttern aus dem Ostmannsturmviertel. :-)



Mariella, Julian und Anissa haben das Finale von „Jugend präsentiert“ erreicht. Als sie dafür nach Berlin gekommen sind, konnte ich sie und ihre Familien ein wenig durch die Tunnel und Gebäude rund um den Reichstag führen.



Besuch aus der FH Bielefeld - die International Summer School war in Berlin und hat auch bei mir im Bundestag vorbeigeschaut.



Bei „Engagement à la carte“ servieren Politikerinnen und Politiker Ehrenamtlichen als Dankeschön für ihre Arbeit ein Vier-Gänge-Menü. Da bin ich jedes Mal mit großem Spaß dabei!



Arbeitsminister Hubertus Heil hat in Bielefeld den Regine Hildebrandt-Preis der Stiftung Solidarität bekommen. Hier gratulieren Ingo Nürnberger, unser Sozialdezernent, und ich gemeinsam dem Preisträger.

Interview: Wilsberg-Schauspieler Leonard Lansink

Wiebke Esdar: **In jeder Wilsberg-Folge wird mindestens einmal Bielefeld erwähnt. Ist das der Hinweis darauf, dass der Beweis für die Nicht-Existenz von Bielefeld in einem der Bücher in ihrem Antiquariat lagert?**

Leonard Lansink: Das Geheimnis kennt unser Redakteur M. Neumann, der angeblich aus Bielefeld stammt, wir nehmen aber die Rivalität zwischen der Krone Westfalens und der Perle Ostwestfalens zum Anlass für den Running-Gag Ostwestfalens.

Wiebke Esdar: **Was macht Bielefeld Deiner Meinung nach aus?**

Leonard Lansink: Bielefeld, im Vergleich zum eher malerischen Münster, hat auf mich einen eher städtischen Eindruck gemacht. Ich fand's ganz prima.

Wiebke Esdar: **Der Rat der Stadt Bielefeld hat kürzlich eine Baulandstrategie beschlossen, mit der wir bei Neubauten niedrige Mieten garantieren können. Vorbild dafür war die Baulandstrategie aus Münster. Wenn man von Münster nach Bielefeld schaut: was können wir noch von der Stadt des westfälischen Friedens lernen?**

Leonard Lansink: Ich habe während der Dreharbeiten zu wenig gesehen, um das beurteilen zu können. Aber bezahlbare Mieten sind äußerst wünschenswert und notwendig. Ich würde mich freuen, wenn das gelingt.

Wiebke Esdar: **Und was kann Münster von Bielefeld lernen?**

Leonard Lansink: Münster könnte die Straßenbahn wieder aufleben lassen, die aus Bie-

lefeld ja nicht wegzudenken ist. Nützlich und umweltfreundlich.

Wiebke Esdar: **Lass uns über diesen sperrigen Begriff der Daseinsvorsorge sprechen: Wir als Politik wollen damit das Leben der Menschen so angenehm wie möglich machen. Hier vor Ort sagen wir „für ein I(i) ebenswertes Bielefeld“. Ganz allgemein gesprochen: Wo sollte Politik sich stärker einmischen? Was sollte Politik vor Ort anders machen?**

Leonard Lansink: Politik vor Ort hat die Chance, viel näher bei den Menschen zu sein. Das muss man auch nutzen.

Wiebke Esdar: **Ihr habt im letzten Jahr für zwei Folgen in Bielefeld gedreht. Was von unserer Stadt wird da zu sehen sein?**

Leonard Lansink: Die Sparrenburg, natürlich, das Rathaus, ein Hochbunker, Straßen und Plätze.

Wiebke Esdar: **Wie geht es Manni Höch? Begegnet uns Dein inzwischen seit einigen Jahren ans Bielefelder Bauamt versetzter Freund in einer dieser Folgen?**

Leonard Lansink: Ja, in einem der beiden Filme ist er das zentrale Problem, Wilsberg erreicht sein verzweifelter Anruf aus dem Knast. Sprich: Manni muss geholfen werden.

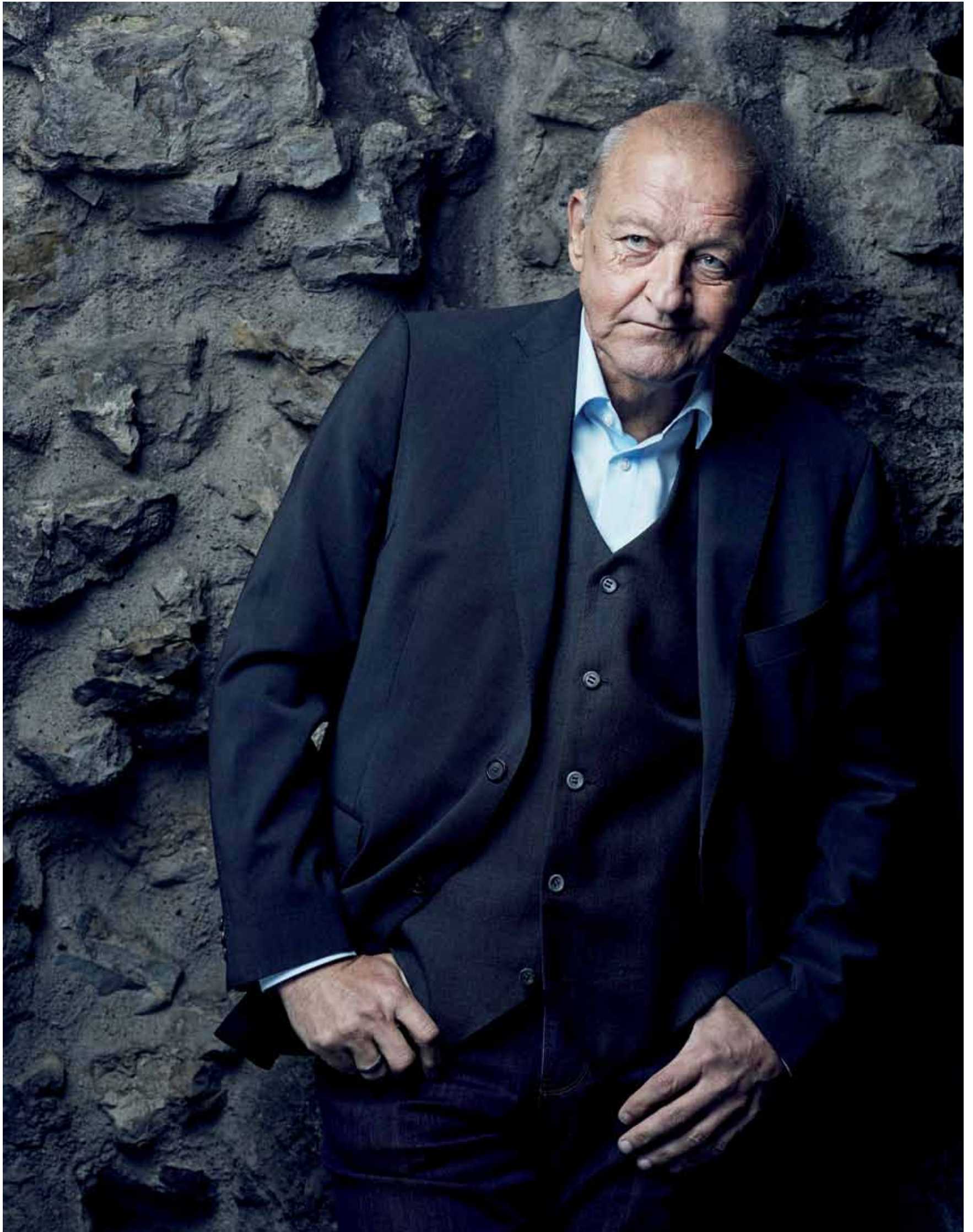
Wiebke Esdar: **Und das wichtigste natürlich noch: Wann werden die Folgen ausgestrahlt?**

Leonard Lansink: Die erste, ohne Manni, läuft am 2. November. Den Termin für die Manni-Folge weiß ich noch nicht, allerdings wird's dazu

im Dezember eine Kinopremiere in Bielefeld (!!!) geben.

Wiebke Esdar: **Wann können wir in der zweiten Liga wieder gegen Preußen Münster spielen?**

Leonard Lansink: Nix zweite Liga, die treffen in der ersten wieder aufeinander, in der neugebauten Georg-Wilsberg-Arena in Münster.



Afrikareise mit dem Bildungsausschuss

Schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen leben in Nairobi in Slums, das sind beinahe die Hälfte aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Bei unserer Afrikareise mit einer Delegation des Ausschusses für Bildung und Forschung nach Ghana und Kenia in diesem Jahr durften wir in einem dieser Slums die Familie des „Wings to fly“-Stipendiaten Jalddin Mohammed Issack besuchen. Jalddin bekommt durch die Finanzierung von Stiftungen und der KfW-Bank den Schulbesuch ermöglicht. Anschließend werden die jungen Menschen mit einem „Young Africa Works Programm“ gefördert, um nach der Schule Jobs zu bekommen und dem Slum entfliehen zu können. Eine für mich zutiefst berührende und beeindruckende Begegnung.

Wir durften außerdem die technische Universität Koforidua besuchen, wo wir uns über Ausbildung, Studium, Forschung, Demokratie und Klimaschutz in Ghana informiert haben. Zu unserer Reise gehörten auch Gespräche mit den Bildungsausschüssen der Nationalversammlung und des Senats sowie dem zuständigen

Staatssekretär aus dem Bildungsministerium, um den Bau der für Nairobi geplanten deutsch-ostafrikanischen Hochschule voranzutreiben.

Trotz all dieser Pläne und den tollen Bildungs- und Stipendienprojekten, die schon auf den Weg gebracht wurden, bleibt noch eine Menge zu tun. Die Kontraste in Kenia sind unglaublich groß: in der gleichen Stadt arbeiten Menschen dank modernster Start-up-Förderung im iHub, ein paar Kilometer weiter leben Tausende in Slums und können aufgrund ihrer Armut nicht einmal zur Schule gehen. Ich habe von dieser Reise mitgenommen, dass es richtig und wichtig ist, mit Partnern wie zum Beispiel dem Goethe-Institut zusammenzuarbeiten und uns zu engagieren. Es bleibt jedoch auch die Frage, ob unsere politischen Schwerpunkte die richtigen sind und ob es nicht Stellen gibt, an denen unsere Unterstützung und unser Engagement noch mehr gebraucht werden.



Zu Besuch bei der Firma Böllhoff - im Gespräch zu steuerlicher Forschungsförderung.



Steuerliche Forschungsförderung bei der Firma „Böllhoff“

Noch im Oktober wird der Bundestag ein Gesetz zur steuerlichen Forschungsförderung beschließen, damit unsere Unternehmen mehr in die Forschung und Entwicklung neuer und besserer Produkte investieren. Um mich dazu konkret bei denen zu informieren, die in Bielefeld und Werther davon profitieren sollen, habe ich die Firma Böllhoff besucht. Diese konnte mir ei-

nen sehr guten Einblick geben, welche Aspekte für sie bei der Gesetzgebung wichtig sind. Dabei beschäftigten wir uns mit Fragen wie: Können wir Patentanmeldungen berücksichtigen? Wie gehen wir mit ausgelagerter Auftragsforschung um? Und wie grenzen wir ab, was förderfähig ist und was nicht? Vielen Dank für die intensiven Diskussionen und den guten Austausch!

50 Jahre Universität Bielefeld

Dieses Jahr feiert meine ehemalige Uni in Bielefeld ihr 50-jähriges Jubiläum. Meine Zeit an der Uni war für meinen späteren Lebensweg sehr prägend, da ich dort die Hochschulpolitik für mich entdeckte und erste Erfahrungen mit Anträgen, Senatssitzungen und Gremienarbeit sammeln konnte. Besonders im Gedächtnis geblieben sind mir die Auseinandersetzungen um die Einführung und Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, an deren Ende wir trotz intensiver Vorbereitung eine Niederlage hinnehmen mussten. Aber nichtsdestotrotz konnte ich viel aus dieser Zeit mitnehmen, was mir in meinem politischen Leben enorm weitergeholfen hat.

Beim offiziellen Festakt in der Rudolf-Oetker-Halle durfte ich auf der Bühne mitdiskutieren, beim Stadtfest 'Jubelmeile' habe ich am Stand der Universitätsgesellschaft für deren Arbeit geworben. Besonders gefreut habe ich mich aber über die Publikation der Gleichstellungsstelle: Hier haben neben mir 49 starke Frauen ihren Weg und ihre Verbindung zur Universität aufgeschrieben. So viel Frauenpower ist total spannend zu lesen. Sie finden die Publikation "Aufbruch und Begrenzung" hier: https://www.uni-bielefeld.de/gender/pdf/Festschrift_Aufbruch_und_Begrenzung.pdf.

**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**



Schüleraustausch mit dem PPP



Letztes Jahr durfte ich eine Schülerin oder einen Schüler aus meinem Wahlkreis für das Parlamentarische Patenschafts Programm (PPP) vorschlagen. Es ermöglicht den Ausgewählten, über ein per Stipendium finanzierten Schüleraustausch knapp ein Jahr in den USA zu verbringen. Also war in dem Fall nicht ich unterwegs, sondern Elias El Boukammiri, der von August 2018 bis Juni 2019 in einer Gastfamilie im Bundesstaat Washington lebte und tolle Erfahrungen sammeln konnte. Neben der Teilnahme an außerschulischen Clubs wie dem Football Team oder der Leichtathletik-Mannschaft gehörten auch die Abschlussbälle oder ein Sozialkunde-Seminar mit den Senatorinnen und Senatoren des Bundesstaates zu seinen Highlights. Elias ist sehr glücklich, diesen Sprung ins Ausland gewagt zu haben. Denn er hat so nicht nur seine Sprachkenntnisse verbessert, sondern auch viele neue Freundinnen und Freunde dazu gewonnen. Das PPP wird von der deutschen und der amerikanischen Regierung finanziert. Es ermöglicht jährlich jeweils 275 Schülerinnen und Schülern am Austausch teilzunehmen.

Social Day in Bielefeld

Beim Social Day in Bielefeld haben rund 6.000 Schülerinnen und Schüler ihren Schultag gegen einen Arbeitstag getauscht. Was sie dabei verdient haben, spendeten sie zur Hälfte an soziale Projekte und zur Hälfte an ihre Schulen. Als Schirmherrin dieser Aktion war auch ich unterwegs und habe Yannick und Emily getroffen, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen ausprobiert haben. Während Yannick dafür gesorgt hat, dass der Lückenschluss der A33 etwas schneller voran geht, durfte ich Emily beim Verein Alt und Jung Nord-Ost e.V. für Unterbringung und Pflege besuchen. Besonders beeindruckt hat mich, dass dort Raum für verschiedene Lebensstile, Wohnwünsche, aber auch Persönlichkeiten gegeben wird. Das selbstbestimmte Leben des Einzelnen und der Einzelnen steht im Mittelpunkt. Dabei durfte ich Alt und Jung kennen lernen und bin dadurch bestärkt worden, dass wir mehr von diesen individualisierten Formen der Pflege brauchen!

**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**



Warum sind im Plenarsaal immer so viele Stühle leer...?

...ist wohl die Frage, die Wiebke von Besuchsgruppen am häufigsten gestellt bekommt. Und tatsächlich lässt sich kaum bestreiten, dass die meisten blauen Stühle bei einem Großteil der Plenardebatten leer bleiben. Nicht selten wird deshalb die Schlussfolgerung gezogen, unsere Abgeordneten würden nicht arbeiten. So verlockend simpel diese Vermutung zunächst jedoch auch klingen mag, von der Realität ist sie weit entfernt – das haben wir bei unserer Arbeit mit Wiebke schnell gemerkt. Doch wie ist die Leere im Plenarsaal stattdessen zu erklären? Was treiben unsere Abgeordneten den ganzen Tag, wenn sie nicht im Plenum sitzen?

Da der Deutsche Bundestag als ein sogenanntes Arbeitsparlament organisiert ist, findet ein Großteil der Abgeordnetenarbeit in den Ausschüssen des Parlaments sowie in anderweitigen Arbeitsgruppen und Gremien statt. Wird von der Bundesregierung, dem Bundesrat oder dem Bundestag beispielsweise ein neuer Gesetzesvorschlag oder ein Antrag ins Parlament eingebracht, so erfolgt eine erste Lesung bzw. Debatte zwar im Plenarsaal. Die eigentliche Arbeit allerdings passiert außerhalb: Bei der Vorbereitung, damit es die Initiative überhaupt erst gibt und beginnt dann so richtig im Anschluss, wenn entschieden wurde, welche Ausschüsse das Gesetz oder den Antrag bearbeiten und eine finale Version erarbeiten sollen. Denn als ungeschriebene Regel gilt: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es reingekommen ist.

Zurzeit gibt es im Bundestag 24 ständige Fachausschüsse, die mit der Überarbeitung von Anträgen und Gesetzen betraut werden können. Wiebke z.B. sitzt für die SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss für Finanzen. Alle Ausschüsse werden nach einem einheitlichen Prinzip besetzt, das auf der

Stimmverteilung im Bundestag basiert. Da die SPD bei der letzten Bundestagswahl 20,5 Prozent aller Stimmen erhalten hat, darf sie in jedem Ausschuss 20,5 Prozent der verfügbaren Plätze besetzen. Die übrigen 79,5 Prozent der Plätze werden entsprechend mit Mitgliedern der anderen Fraktionen besetzt.

Wenn sich eine Mehrheit der Ausschussmitglieder auf einen Gesetzestext einigen konnte, geht er zur zweiten Lesung zurück ins Plenum. Dann kommen alle Fachpolitikerinnen und -politiker im Plenarsaal zusammen und diskutieren das abgeänderte Gesetz. Nach der Debatte wird über das Gesetz abgestimmt.

Bis es jedoch zur Abstimmung und einer erfolgreichen Gesetzesverabschiedung kommt, vergeht viel Zeit. Das Gesetz wird bis zur zweiten Lesung nämlich nicht nur in den Ausschusstreffen diskutiert, sondern auch innerhalb der einzelnen Fraktionen zur Debatte gestellt und bearbeitet. In der SPD-Bundestagsfraktion gibt es dafür zu jedem der 24 ständigen Bundestagsausschüsse eine zugehörige interne Arbeitsgemeinschaft (AG), in der die SPD-Mitglieder eines jeweiligen Fachausschusses gemeinsam mit weiteren SPD-Abgeordneten vom Fach vergangene Ausschusssitzungen nachbereiten, kommende Sitzungen vorbereiten und Positionspapiere für die Fraktion erarbeiten. Zudem gibt es für jeden Themenbereich Berichterstatter und Berichterstatterinnen. Das sind Fachpolitikerinnen und -politiker, die der Fraktion aus ihren jeweiligen Ausschüssen berichten. Auf diese Weise sollen auch fachfremde Abgeordnete einen ungefähren Eindruck von den aktuellen Ausschussdebatten gewinnen und sich somit eine Meinung zu einzelnen Gesetzesvorhaben und Anträgen bilden können.

All diese Treffen und Beratungen müssen, ebenso wie die zahlreichen weiteren fraktionsinternen Sitzungen und Zusammenkünfte, während der Sitzungswoche und deshalb auch während der Plenumszeiten stattfinden. Besonders wichtig sind für Wiebke die Berichterstattergespräche - dort trifft sie sich als Parlamentarierin mit den zuständigen Staatssekretärinnen und Staatssekretären und den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern aus dem Finanz- oder Bildungsministerium, um sich fachlich auszutauschen. Hinzu kommen regelmäßigen Treffen mit fraktionsinternen Interessenvertretungen. Am Rande von Plenumsdebatten, die außerhalb ihres Fachbereichs liegen, trifft sie sich beispielsweise immer wieder mit anderen jungen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion oder mit vertrauten Kolleginnen und Kollegen der Parlamentarischen Linken, einer Strömung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, um gemeinsam an Strategien und Positionierungen zu arbeiten.

Und auch wenn während des Plenums gerade keine Gespräche oder Fraktionstermine anstehen, gibt es für Wiebke noch viel zu tun: Besuchsgruppen aus dem Wahlkreis warten auf ihr Abgeordnetengespräch, Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern müssen beantwortet werden, die nächste Bundestagsrede muss geübt werden, die Presse wartet auf ein Statement und nebenbei will auch das nächste Berichterstattergespräch oder die nächste Ausschusssitzung gut vorbereitet sein. Wann immer im Bundestag deshalb Themen debattiert werden, die nicht in Wiebkes Fachbereich fallen, setzt sie abseits des Plenums lieber ihre finanz- und bildungspolitische Arbeit fort, eignet sich Hintergrundwissen zu den aktuellen Diskussionsschwerpunkten ihrer Fachausschüsse an, bespricht sich mit ihrem Team,



© Deutscher Bundestag / Thomas Köhler/ photothek.net

besucht öffentliche Veranstaltungen zu ihren Schwerpunktthemen und, und, und...

Würde Wiebke hingegen die ganze Sitzungswoche stur im Plenum sitzen, anstatt die Veranstaltungen und Treffen am Rande und abseits des Plenums wahrzunehmen, wäre eine politische Mitgestaltung kaum möglich. Entscheidend ist, dass sie ihre politischen Überzeugungen und ihr Fachwissen in die Ausschüsse trägt und anschließend auch im Plenum verteidigt. Sobald bildungs- oder finanzpolitische Fragen im Bundestag diskutiert werden, wird man Wiebke also im Plenarsaal antreffen. Bei fachfremden Tagesordnungspunkten dagegen überlässt sie das Plenum lieber den entsprechenden Expertinnen und Experten ihrer Fraktion und kommt ihren anderweitigen Verpflichtungen und Aufgaben als Abgeordnete nach – eigentlich eine ganz normale Art der Arbeitsteilung, wie sie unzählige Unternehmen praktizieren.

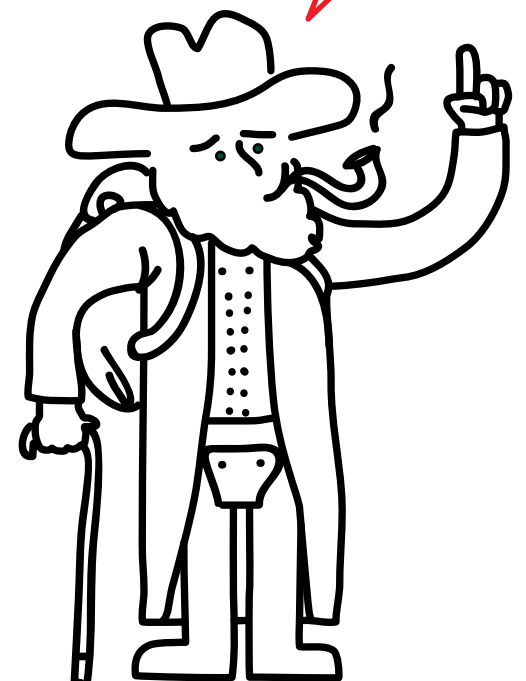
Tatsächlich lässt sich der Deutsche Bundestag als Arbeitsparlament gut mit einem Unternehmen vergleichen, in dem es verschiedene Abteilungen gibt – zum Beispiel die Geschäftsführung, das Marketingteam, die Produktion oder das Sekretariat. In jeder dieser Abteilungen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit spezifischen Qualifikationen eingestellt, die dazu beitragen, dass die Abläufe in den einzelnen Abteilungen und somit auch der gesamte Unternehmensbetrieb reibungslos funktionieren. Ihre Qualifikationen sind jedoch auf die Arbeit in den einzelnen Abteilungen zugeschnitten – die Geschäftsführung wäre mit den Sekretariatsaufgaben ebenso überfordert, wie das Marketingteam mit den Produktionsaufgaben. Nur, wenn die Geschäftsführung zur Betriebsversammlung bittet, kommen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen, weil es um die gesamte Ausrichtung des Unternehmens geht. Das ist im Bundestag genauso: Wenn An-

gela Merkel spricht, sind fast alle Abgeordneten da, weil es um das große Ganze und die übergeordnete Zukunft unseres Landes geht.

Im Bundestag wird also jede Menge gearbeitet – gerade wenn die blauen Stühle im Plenum unbesetzt sind. Das Plenum dient zwar der formalen Beschlussfassung und erfüllt eine wichtige Funktion, indem es die Politik der Öffentlichkeit zugänglich macht. Der größte und entscheidende Teil der politischen Arbeit spielt sich jedoch hinter den Kulissen ab, wenn in unzähligen Terminen, Sitzungen und Randgesprächen Gesetze ausgearbeitet, Meinungen gebildet und Fraktionsentscheidungen getroffen werden. Wer nicht arbeitet, sind also vielmehr jene Abgeordneten, die ständig im Plenum rumsitzen, anstatt sich an der inhaltlichen Arbeit zu beteiligen.

Nelis Heidemann und Greta Wienkamp

Wussten Sie eigentlich schon?
Die Ausschusssitzungen finden jeden Mittwoch in Sitzungswochen statt und sind in der Regel nicht öffentlich. Ergänzt werden sie durch sogenannte öffentliche Anhörungen, bei denen die Ausschussmitglieder von Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis eine Einschätzung zu den geplanten Gesetzesänderungen erhalten.



Zum Wohle der Vielen



Im Sommer habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen Michael Schrodi, Cansel Kiziltepe, Sarah Ryglewski und Swen Schulz ein Positionspapier veröffentlicht, das für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik einsteht und die Debatte darüber in der SPD vorantreiben sollte.

Unser Papier wurde in einem großen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vorgestellt und hat uns viele positive Rückmeldungen eingebracht. Im Kern haben wir festgestellt, dass das aktuelle Wirtschaftsmodell nicht auf den Wohlstand der großen Bevölkerungsschichten ausgelegt ist. Um das zu ändern, wollen wir das System wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Dazu haben wir viele Ideen: Wir wollen ein groß angelegtes „Investitionspaket 2040“ des Bundes im Gesamtvolumen von einer Billion Euro. Dazu wollen wir die „schwarze Null“ hinter uns lassen und Investitionen auch durch Kredite finanzieren – weil wir unseren nachfolgenden Generationen mehr hinterlassen, als nur einen Kontostand. Auch wollen wir einen starken Staat, der eine verlässliche Absicherung vor den Lebensrisiken unserer Zeit bietet. Und wir wollen schließlich eine leistungsgerechte Steuerbeteiligung, die vor allem endlich dafür sorgt, dass auch die großen Digitalkonzerne in Deutschland Steuern zahlen. Als nächstes werden wir dafür kämpfen, dass diese Positionen auf dem Bundesparteitag zu Positionen der gesamten SPD werden.

Den Soli sozial gerecht abschaffen

Für rund 90 Prozent der ihn bisher zahlenden Lohn- und Einkommensteuerzahlenden soll der Solidaritätszuschlag vollständig wegfallen. Für weitere rund 6,5 Prozent entfällt der Zuschlag zumindest in Teilen. Darauf hat sich die große Koalition geeinigt. Somit zahlen die Steuerzahlerinnen und -zahler von 2021 an voraussichtlich rund 10 Milliarden Euro, bis 2024 sogar rund 12 Milliarden Euro weniger.

Dabei war uns als SPD wichtig, dass den Geringverdienern und vielen Mittelständlern mit der Reform des Soli mehr auf dem Konto bleibt. Denn höhere Nettoeinkommen stärken die Binnennachfrage und das ist gut für unsere Konjunktur. Allerdings müssen starke Schultern mehr leisten und deshalb soll der Soli für die 3,5 Prozent mit den höchsten Einkommen in unserer Gesellschaft unverändert bleiben: Ich jedenfalls sehe keinen Grund, warum der Vorstandchef eines DAX-Unternehmens pro Jahr 140.000 Euro weniger Steuern zahlen sollte!

Neue FSJ'lerin in meinem Berliner Büro

Seit dem 1. September ist Linnea Fenske als neue FSJ'lerin in meinem Berliner Büro beschäftigt. Sie ist die Nachfolgerin von Nelis Heidemann, der nach Ablauf seiner Dienstzeit nach Bielefeld zurückgekehrt ist und an der Universität Bielefeld sein Studium aufgenommen hat. Linnea betreibt in ihrer Freizeit Urban Dance und engagiert sich in ihrer Kirchengemeinde. Sie unterstützt mich und mein Team quer durch alle Aufgabenbereiche, die in einem Bundestagsbüro anfallen und lernt in verschiedenen Sitzungen und über das PraktikantInnenprogramm der SPD-Fraktion den Parlamentsbetrieb kennen. Liebe Linnea, herzlich willkommen im Team! :)



**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**

Wissenschaftspakte und Hochschulrahmen- gesetz

DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE

Große Erleichterung machte sich im Mai bei der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz breit: nach schwierigen Verhandlungen einigten sich Bund und Länder darauf, die drei Wissenschaftspakte auf Dauer zu stellen. Mit dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre, der „Innovation in der Hochschullehre“ sowie dem Pakt für Forschung und Innovation unterstützt der Bund die Länder, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu finanzieren. Solche Pakte gab es zuvor in ähnlicher Form zwar auch, doch waren dort die Gelder bis 2021 befristet. Durch die Einigung ist jetzt eine dauerhafte Finanzierung gewährleistet: allein bis 2030 fließen zusätzlich über 160 Milliarden Euro in Bildung und Forschung. Gerade die Hochschulen haben so mehr Planungssicherheit. Dadurch können sie die Verträge ihrer Beschäftigten entfristen.

BAföG-Erhöhung und Azubi- Mindestlohn

DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE

Schon in der letzten Wahlkreiszeitung wurde es angerissen und jetzt steht es fest: Zum gerade begonnenen Wintersemester sind die BAföG-Sätze für Studierende angehoben worden. Der maximal mögliche Förderbetrag steigt bis 2020 in mehreren Schritten um mehr als 17 Prozent auf 861 Euro pro Monat. Auch die Bedarfssätze steigen bis 2020 in zwei Schritten um insgesamt sieben Prozent. Außerdem werden die Einkommensfreibeträge der Eltern in mehreren Schritten um insgesamt 16 Prozent bis 2021 angehoben, wodurch mehr Schülerinnen und Schüler sowie Studierende überhaupt in die Förderung hinein kommen.

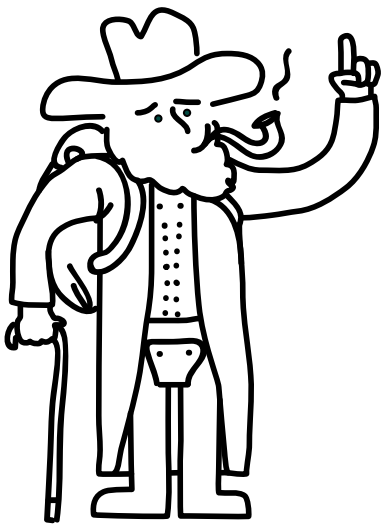
Dennoch bleibt beim BAföG noch viel zu tun: Wir brauchen z.B. endlich ein vereinfachtes und digitalisiertes Antragsverfahren. Deshalb werden wir als SPD nicht zulassen, dass sich die Union jetzt zurücklehnt und halten den Druck beim BAföG weiter hoch.

Außerdem gibt es noch eine tolle Neuigkeit aus der Bildungspolitik: Das Bundeskabinett hat beschlossen, dass zum 1. Januar 2020 die Mindestvergütung für Auszubildende kommen soll. Mit 515 Euro im ersten Lehrjahr soll sie bis zum dritten Lehrjahr auf 695 Euro wachsen. Außerdem haben wir erreicht, dass der Ausgangswert weiter ansteigen wird: Wer 2023 eine Ausbildung beginnt, wird mindestens 620 Euro im ersten und 895 Euro im dritten Lehrjahr verdienen. Die Mindestausbildungsvergütung war eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion, gegen die sich die CDU/CSU immer quer gestellt. Jetzt soll sie endlich kommen, sobald der Bundestag zugestimmt hat

Steuerliche Forschungs- förderung

Die Steuerliche Forschungsförderung ist für mich eines der spannendsten Projekte, das derzeit in Berlin läuft, denn es betrifft beide meiner Ausschussmitgliedschaften. Mit dem dazugehörigen Forschungszulagengesetz will Finanzminister Olaf Scholz vor allem kleine und mittlere Unternehmen stärken, die eigenständig Grundlagenforschung betreiben und in Deutschland steuerpflichtig sind. Die Förderung soll sich daran orientieren, wie viel Geld ein Unternehmen für diejenigen Beschäftigten ausgibt, die in Forschung und Entwicklung tätig sind. Insgesamt kann so ein Unternehmen mit bis zu 500.000 Euro gefördert werden. Das sind 25 Prozent der Personalkosten, die in Höhe von zwei Millionen Euro angerechnet werden können. Ob Auftragsforschung auch steuerlich begünstigt wird, das diskutieren wir noch hitzig.

Weitere Informationen zum Angehörigenentlastungsgesetz finden sich auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/bundeskabinett-beschliesst-angehoerigen-entlastungsgesetz.html>.



**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**

Angehörige werden bei Pflegekosten entlastet, Inklusion wird vorangebracht

Das Angehörigenentlastungsgesetz kommt. Damit gibt es bald spürbare Verbesserungen in der Sozialhilfe. Das hat das Bundeskabinett Anfang August beschlossen.

Viele Angehörige werden vom Sozialamt in Anspruch genommen, wenn ihre Eltern oder Kinder Sozialhilfe beziehen, weil sie zum Beispiel pflegebedürftig sind. Für viele Angehörige ist das eine große finanzielle Belastung, weil je nach Einzelfall so schnell einmal hunderte Euro pro Monat zusammenkommen. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir das ändern: Angehörige sollen künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro brutto vom Sozialamt in Anspruch genommen werden — und zwar in der gesamten

Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz erhalten, fällt dieser sogenannte Unterhaltsrückgriff in Zukunft sogar vollständig weg.

Darüber hinaus schafft das Gesetz Planungssicherheit für Menschen mit Behinderungen durch die dauerhafte Absicherung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung. Mit der Einführung eines Budgets für Ausbildung ist künftig zudem eine breitere Förderung von Menschen mit Behinderungen in Ausbildung möglich.

Paketbotinnen und -boten schützen

Das Bundeskabinett hat ein Gesetz beschlossen, das Paketbotinnen und -boten vor Ausbeutung schützen soll. Mit ihm will SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Denn wenn sie Aufträge an Subunternehmen weitergeben, müssen sie künftig sicherstellen: dass erstens anständige Arbeitsbedingungen herrschen und dass zweitens Sozialabgaben korrekt gezahlt werden. Geschieht das nicht, haften die Auftrag gebenden Unternehmen dafür wegen Sozialversicherungsbetrug. Dieses Gesetz unterstützen wir als SPD-Bundestagsfraktion und wollen dafür sorgen, dass es noch vor dem Weihnachtsgeschäft in Kraft tritt. Mit dem Paketbotenschutzgesetz erreichen wir zwei Dinge: erstens stärken wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem wir ihnen eine ordentliche Rente erleichtern und gegen Altersarmut vorbeugen; und zweitens ermöglichen wir einen faireren Wettbewerb in der Paketbranche. Denn klar ist: viele von uns bestellen gerne im Internet. Aber wir wollen auch, dass Paketbotinnen und -boten anständige Arbeitsbedingungen haben.

Klimaschutzpaket Da geht noch mehr!

Zusammen mit 12 anderen jungen SPD-Bundestagsabgeordneten habe ich fünf zentrale Aufgaben für das Klimakabinett formuliert: erstens ein Klimaschutzgesetz und zweitens ein Kohleausstiegsgesetz einführen, drittens einen klaren Plan für den Ausbau der erneuerbaren Energien beschließen, viertens den CO₂-Ausstieg verringern und fünftens, unsere Gesellschaft sozial, gerecht und zukunftsorientiert zu modernisieren. Denn klar ist: Klimaschutz und Energiewende sind für viele die drängendsten Probleme, die angegangen werden müssen. Doch für uns als SPD steht fest: bei beidem muss sichergestellt sein, dass Besserverdienende mehr beitragen als andere. Denn Klimaschutz und Energiewende sind Verteilungsfragen und müssen daher sozial gerecht sein.

Das Klimaschutzpaket, das die Bundesregierung anschließend auf den Weg gebracht hat, ist insofern ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber ich glaube auch: da geht noch mehr und da muss noch mehr gehen! Gerade das Klimaschutzgesetz und die Milliardenausgaben für die Deutsche Bahn sind Erfolge. Aber wir brauchen unter anderem auch eine richtige CO₂-Steuer wie etwa in Schweden. Wenn wir die Einnahmen daraus als Prämie an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben, haben wir zwei Vorteile: CO₂ auszustoßen würde deutlich teurer und wer sich klimafreundlich verhält, bekäme sogar mehr Geld zurück. Dabei zeigen Studien, dass von der CO₂-Steuer gerade kleine und mittlere Einkommen profitieren würden.

Mit dem Zollstock durch die Finanzpolitik

Lothar Binding zu Besuch
in Bielefeld

08. 11.

Wie sollte eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik der Zukunft aussehen? Wie schaffen wir es als Sozialdemokratie, den wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes gerecht an alle zu verteilen? Und wie können wir wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz in Einklang bringen? Diese und weitere wirtschaftspolitische Fragen möchte ich mit Ihnen bei einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung am 08.11.19 ab 18 Uhr im Rochdale-Raum des Alten Rathauses Bielefeld (Niederwall 25, 33602 Bielefeld) diskutieren. Unterstützt werde

ich während des Abends von meinem Kollegen Lothar Binding, der die SPD bereits seit vielen Jahren erfolgreich im Finanzausschuss des Bundestags vertritt und mit seinen kreativen „Zollstock-Reden“ auch außerhalb finanzpolitischer Kreise Bekanntheit erlangt hat. Ich bin gespannt, ob Lothar seinen Zollstock auch in Bielefeld im Gepäck haben und was er uns damit alles so erklären wird! Sie sind alle herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Deine Meinung ist Programm.

Die Entwicklung unseres Kommunalwahlprogramms geht in die dritte Runde!

Unter dem Titel „Deine Meinung ist Programm“ möchten wir als Bielefelder SPD gemeinsam mit Ihnen öffentlich über die Schwerpunkte für unser Kommunalwahlprogramm 2020 diskutieren. Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen, Ihre Wünsche und Anregungen für ein lebens- und liebenswertes Bielefeld kennenlernen und so ein Wahlprogramm von BielefelderInnen für BielefelderInnen entwickeln. Zwei von vier öffentlichen Diskussionsveranstaltungen liegen bereits hinter uns, als dritter thematischer Block steht nun ein Diskussionsabend zum Thema Bildung bevor. Am 21.11.19 wollen wir ab 18 Uhr in der Sekundarschule Königsbrügge, Fritz-Reuter-Straße 30, 33604 Bielefeld gemeinsam mit Ihnen erarbeiten, wie eine zeitgemäße Bildungspolitik aussehen sollte, die uns angemessen auf die aktuellen sowie die kommenden Herausforderungen unserer Gesellschaft vorbereitet. Wie kann Bildung bei-

spielsweise digitale Kompetenzen vermitteln und dabei stets mit den technologischen Neuerungen Schritt halten? Wie sollten Schulen heutzutage ausgestattet sein? Und welchen Beitrag leistet außerschulische Bildung? Sie sind alle herzlich eingeladen, diese und weitere bildungspolitische Fragen gemeinsam mit uns sowie Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Am 14.12.19 ist es wieder so weit: Mein Wahlkreisbüro in Bielefeld (Arndtstr. 6-8, 33602) lädt zum jährlichen Tag der offenen Tür in vorweihnachtlicher Atmosphäre ein! Bei einer Tasse Glühwein oder alkoholfreiem Punsch können Sie mein Bielefelder Team kennenlernen, mehr über meine Arbeit als Bielefelder Bundestagsabgeordnete erfahren oder mit mir über die aktuelle Bundespolitik diskutieren. Eine Anmeldung zum Tag der offenen Tür ist nicht erforderlich, auch Kurzentlassene sind herzlich willkommen!

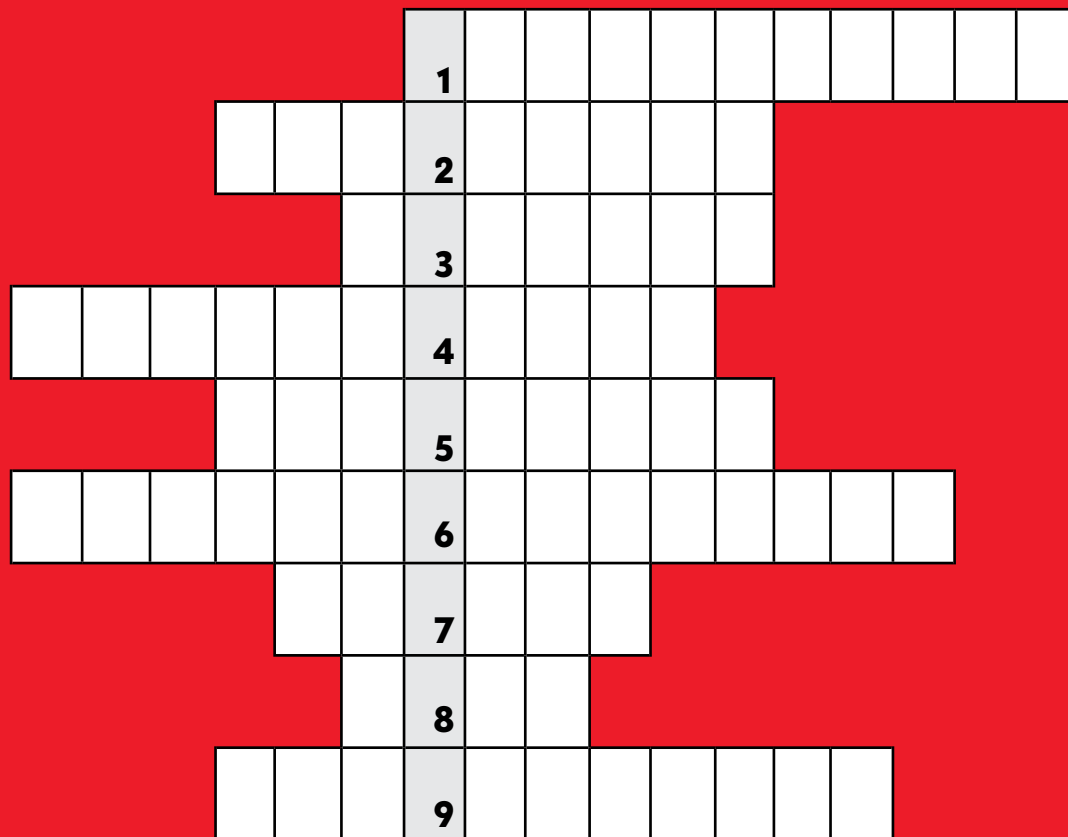
21. 11.

Alle Jahre wieder Tag der offenen Tür im Wahlkreisbüro

14. 12.



RÄTSEL



Umlaute
und ß
erlaubt!

1. Wer abends in Bielefeld Party machen will, könnte im (...) fündig werden.
2. Der offizielle Name der Jahnplatzuhr lautet (...).
3. Die Stadt Bielefeld gehört zum Regierungsbezirk (...).
4. Das erste Fußballspiel von Arminia Bielefeld fand im Mai 1905 auf dem heutigen (...) statt.
5. Das Bielefelder Rathaus ist in sechs Verwaltungsbe-
reiche aufgeteilt, die sog. (...).
6. Den Bielefeld-Preis für ehrenamtliches Engage-
ment hat 2019 die (...) gewonnen.
7. Mitte ist der bevölkerungsreichste Stadtteil Biele-
felds. Am zweitmeisten Einwohner hat (...).

8. Die E-Roller, die moBiel mit einem Sharing-Konzept
vermietet, tragen den Namen (...).
9. Einer von vielen Spitznamen für unsere Stadt lautet
(...).

Der Einsendeschluss für das Lösungswort ist der 09.12.2019. Wir bitten Sie, das Lösungswort mit dem Betreff „Lösung des Rätsels“ an **wiebke.esdar.wk@bundestag.de** zu senden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, auf die Gewinnerinnen und Gewinner warten zwei Plätze für eine Reise nach Berlin.

IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Wiebke Esdar, MdB
V.i.S.d.P.: Dr. Wiebke Esdar

Arndtstr. 6-8
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 3294370
E-Mail: wiebke.esdar.wk@bundestag.de
Web: www.wiebke-esdar.de